

Antrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms, Annalena Baerbock, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Nicole Maisch, Peter Meiwald, Friedrich Ostendorff, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dialogforum Schiene-Nord ernst nehmen – Erweiterten Lärmschutz beim Schienenausbauprojekt „Alpha-E“ vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Gütertransport auf der Schiene ist ein entscheidender Baustein, um die Verkehrswende und damit die Klimaziele von Paris auch im Verkehrssektor umzusetzen. Die Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene ist ein zentrales Ziel einer klimafreundlichen und zukunftsfähigen Verkehrspolitik. Dennoch werden aktuell immer noch drei Viertel aller Güter mit dem Lkw transportiert. Der Marktanteil der umweltfreundlichen Schiene am Güterverkehr stagniert trotz steigender Verkehrsmengen hingegen bei rund 17,5 Prozent.

Insbesondere in Norddeutschland führt der stark angewachsene Seefrachtverkehr zu massiven Engpässen im Seehafenhinterlandverkehr. In der Bewältigung dieser Güterverkehre für die norddeutschen Seehäfen durch den Ausbau des Schienennetzes liegt eine der drängendsten Herausforderungen für die Verkehrspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Das Ausbauprojekt „Alpha-E“ in Niedersachsen ist eines der bundesweit wichtigsten Infrastruktur Großprojekte und von elementarer Bedeutung für den Schienengüterverkehr in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Die Variante „Alpha-E“ wurde im Zuge des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Dialogforum Schiene Nord“ erarbeitet. Dieses Verfahren erzielte durch einen transparenten, fairen und ergebnisoffenen Diskussions- und Beteiligungsprozess eine breit akzeptierte Lösung in der seit Jahrzehnten andauernden Diskussion. Durch den bedarfsgerechten Ausbau der Bestandsstrecken im Dreieck Bremen–Hamburg–Hannover, der Ertüchtigung und Elektrifizierung der Amerikalinie sowie verschiedener Blockverdichtungen auf Bestandsstrecken kann ein zeitnahe und bedarfsgerechter Kapazitätsausbau für den Güterverkehr auf der Schiene erfolgen.

Das weitere Umsetzungsverfahren der „Alpha-E“-Variante muss mit der gleichen Transparenz und Konsensorientierung ablaufen wie das erfolgreiche Dialogverfahren. Ziel ist die größtmögliche Akzeptanz für die Umsetzung des Vorhabens. Dafür sind

auch die Initiativen an den betroffenen Abschnitten konsequent einzubinden und ihre Anliegen zu berücksichtigen.

Dies gilt in besonderem Maße für den dringend notwendigen optimierten Lärmschutz zugunsten der zahlreichen Anlieger. Umfassender Lärmschutz ist die zentrale Grundvoraussetzung für die Akzeptanz des Projektes „Alpha-E“. Denn Lärm macht krank. Die Menschen in der Region haben ein Recht auf ihre Gesundheit und effektiven Schutz vor Lärm.

Die Bundesregierung muss zu ihren Zusicherungen stehen und sich konstruktiv und dialogbereit für die anstehende Umsetzung der „Alpha-E“-Variante unter Einbezug neuer Maßstäbe bei der Umsetzung eines erweiterten Schutzes vor Schienenlärm einsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass bei der Vorplanung sämtlicher Abschnitte der „Alpha-E“-Variante, eine Ausweitung der Planungsaufträge an die DB AG bei konsequenter Berücksichtigung eines optimierten Lärmschutzes entsprechend den im Dialogforum Schiene-Nord erarbeiteten Bedingungen der Region erfolgt. Dies gilt insbesondere auch für die Abschnitte zwischen den Aus- und Neubaustreckenabschnitten sowie im direkten Anschluss an die Aus- und Neubaustrecken, an denen selbst keine bauliche Veränderung erfolgt;
2. dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Vorplanung eine ehrliche und transparente Kostenermittlung eines entsprechend erweiterten Lärmschutzes erfolgt, und die hierfür anfallenden Mehrkosten zu übernehmen;
3. die Ergebnisse der Vorplanung sämtlicher Abschnitte der „Alpha-E“-Variante den Projektbeiräten und runden Tischen vor Ort vorzulegen.

Berlin, den 20. Juni 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion